

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 3

#### 4 **Aufarbeitung der SPD-Russlandpolitik jetzt!**

5 Der Vorstand der SPD wird aufgefordert:

- 6 1. eine interne Auseinandersetzung in einem Prozess mit Berichtswesen zur Aufarbeitung  
7 der SPD-Russlandpolitik seit 2000 einzusetzen, um Beziehungen zwischen führenden  
8 (auch ehemaligen) Parteimitgliedern und Politiker\*innen und  
9 Wirtschaftsvertreter\*innen der Russischen Föderation zu untersuchen und persönliche  
10 Bereicherungen und Vorteilsnahmen offenzulegen. Diese soll sich mit Fällen von zu  
11 großer Nähe wirtschaftlicher und politischer Interessen auseinandersetzen, die mit  
12 sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar sind. Dabei soll geklärt werden, ob und  
13 wie es zu einer mangelnden Wahrnehmung und Ernstnehmen der  
14 Bedrohungsperzeption östlicher Partner, sowie der Priorisierung der Beziehungen zu  
15 Russland statt zu anderen Ländern Osteuropas gekommen ist.
- 16 2. Zu den Ergebnissen der Auseinandersetzung und möglichen notwendige Schritte zur  
17 politischen Unabhängigkeit gegenüber Russland wird der Parteivorstand zu einem  
18 parteiöffentlichen Austausch einladen.
- 19 3. Die Untersuchung wird geschlechterparitätisch, aus verschiedenen Fachbereichen und  
20 Regionen besetzt (Forschung, Think Tanks, NGOs). Die Leitung dieses Prozesses wird  
21 einer in ihrer Russlandposition unabhängigen Person besetzt.
- 22

#### 23 **Begründung**

24 Die SPD ist seit vielen Jahren uneins über ihre Russlandpolitik. Während manche führende  
25 Parteimitglieder die Nähe zu russischen Politiker\*innen suchten und auf Dialog und Handel  
26 mit der Russischen Föderation setzten, forderten andere die Beibehaltung und Ausweitung der  
27 europäischen Sanktionen gegenüber Russland, welche nach der völkerrechtswidrigen  
28 Annektion der Krim und dem Krieg in Donbass verhängt wurden. Insgesamt wirkt unsere  
29 Partei in ihrem Verhältnis zu Wladimir Putins Regierung nach außen oft gespalten.  
30 Mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24.  
31 Februar 2022 befindet sich die deutsche Russlandpolitik allgemein, und die der SPD im  
32 Besonderen vor einer Zäsur. Mehrere Politiker\*innen unserer Partei stellten öffentlich fest,  
33 sich in ihren Grundannahmen bezüglich der russischen Ziele getäuscht zu haben und  
34 bezeichneten ihre Politik der vergangenen Jahre als Fehler. Diese Einsicht ist verständlich und  
35 zu begrüßen. Wir sollten diesem Politikwandel Raum geben und ihm gebührenden Respekt  
36 und inhaltlichen Aufwand zollen.

37  
38